



## **LSVD Wahlprüfsteine zur Landtagswahl**

Antworten der Parteien zum Thema: **Hasskriminalität gegen LSBTIQ bekämpfen**

4. *Wie wollen Sie Hasskriminalität gegen LSBTIQ wirksam bekämpfen (landesweiter Aktionsplan zu Prävention und Bekämpfung, Berufung einer Expert\*innenkommission, Benennung LSBTIQ-feindlicher Motive in §46 und §130 StGB, Sensibilisierung Polizei & Justiz, bessere Erfassung und Forschung zu Dunkelfeld?)*

### **SPD Mecklenburg-Vorpommern**

Entsprechend dem Zukunftsprogramm zur Bundestagswahl wird die SPD einen nationalen Aktionsplan gegen Homo-, Bi-, Trans- und Interphobie und Gewalt gegen LSBTIQ\* einführen. Gleichzeitig werden wir nachdrücklich gegen Hasskriminalität gegen LSBTIQ vorgehen. Ein besserer Austausch und ein abgestimmtes Vorgehen auf Bundesebene, z.B. durch Schaffung einer Bund-Länder-Kommission, ist ein wichtiger Schritt. Zudem müssen die Taten durch höheren Ermittlungsdruck konsequenter erfasst und geahndet werden. In den vier Staatsanwaltschaften des Landes wurden in diesem Jahr Sonderdezernate eingerichtet, in denen Ermittlungsverfahren aus dem Bereich der Hasskriminalität durch besonders geschultes Personal bearbeitet wird. Die Arbeit der Ansprechpartner bei der Landespolizei für Betroffene von homo- bzw. trans\*feindlicher Gewalt wollen wir weiter stärken. Die Dunkelfeldforschung wollen wir aufbauend auf den beiden bisher durchgeführten Dunkelfeldstudien ausweiten.

### **CDU Mecklenburg-Vorpommern**

Hasskriminalität und Diskriminierung haben in unserer Gesellschaft ebenso wenig Platz wie Extremismus, Antisemitismus und Rassismus. Daher ist die effektive Bekämpfung von Hasskriminalität, unabhängig dessen gegen wen sich diese richtet, eine unabdingbare Aufgabe, die wir mit aller Anstrengung angehen werden.

### **AfD Mecklenburg-Vorpommern**

Der landesweite Aktionsplan blendet die Realitäten aus. Bezeichnend ist hier der Mord mit islamistischem Hintergrund an Thomas L. aus Dresden. Nach der Tat hatte man anfangs die Homosexualität der Opfer in der Öffentlichkeit verschwiegen. Was in unserer Gesellschaft seit Jahren akzeptiert ist, wird durch Massenmigration aus kulturfremden Kreisen gefährdet. Das ergab auch die Anhörung zum Aktionsplan im Landtag. Hasskriminalität bekämpft man mit offenen und ehrlichen Debatten.

### **Die Linke Mecklenburg-Vorpommern**

Der Kampf gegen LSBTIQA\*-Feindlichkeit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir wollen deshalb auch auf Bundesebene einen Aktionsplan gegen LSBTIQA\*-Feindlichkeit und für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt. Zur Erforschung intersektionaler Diskriminierungsformen und geschlechtsspezifischer Gewalt gegen LSBTIQA\* wollen wir Studien öffentlich beauftragen und finanzieren. Diskriminierungen und gewalttätige Übergriffe gehören für queere Menschen weiterhin zum Alltag. Die offizielle Kriminalstatistik bildet nur einen Bruchteil davon ab. DIE LINKE setzt sich für die umfassende Unterstützung von Präventionsprojekten und

Organisationen ein, die sich mit der Hilfe für Gewaltopfer beschäftigen. Die Selbsthilfe- und Aufklärungsprojekte der LSBTIQA\*-Communities müssen unterstützt und gefördert werden, um die gesellschaftliche Akzeptanz zu erhöhen. Kommunen brauchen finanzielle Unterstützung zur Finanzierung entsprechender Projekte.

#### **Bündnis 90 / Die Grünen Mecklenburg-Vorpommern**

Gegen LSBTIQ\* gerichtete Hasskriminalität werden wir entschieden bekämpfen. In unserem Landtagswahlprogramm fordern wir für eine bürger\*innennahe Polizei eine landesweit einheitliche Erfassung von gruppenbezogener Hasskriminalität, etwa gegen LSBTQI, in der Polizeilichen Kriminalstatistik. Darüber hinaus wollen wir einen bundesweiten Aktionsplan zu Prävention und Bekämpfung der Hasskriminalität mit Landesspezifischen Aktionsplänen. Wir treten für einen effektiveren Umgang mit Beschwerden ein, eine Verbesserung der Strafverfolgung und zivilrechtlicher Durchsetzung; besonders bezogen auf Hasskriminalität im Netz. Dafür brauchen wir personell und technisch bestmöglich aufgestellte Strafverfolgungsbehörden und entsprechende Sensibilisierung aller Beschäftigten der Strafverfolgungsbehörden. Für Hasskriminalität im Netz fordern wir ein Gesetz für digitalen Gewaltschutz, dass das Vorgehen auch gegen nicht eindeutig personell identifizierbare Accounts ermöglicht. LSBTIQ\* sollen selbstbestimmt und diskriminierungsfrei leben können.

#### **FDP Mecklenburg-Vorpommern**

Die Polizei soll LSBTIQ-feindliche Straftaten bundesweit einheitlich erfassen und sie in ihrer Präventions- und Öffentlichkeitsarbeit berücksichtigen. Homo- und transfeindliche Gewalt müsse im Strafgesetzbuch genauso behandelt werden wie rassistische Gewalt. Die Bundes- und Landespolizei sollen LSBTIQ-Ansprechpartner benennen, LSBTIQ-feindliche Straftaten bundeseinheitlich erfassen und insbesondere Ermittlungsdienste entsprechend schulen.

**Die Auswertung und die kompletten Antworten aller Parteien finden Sie unter <https://queer-mv.de/wahlpruefsteine-lsvd-queer-mv-e-v#antwort>**